

Friedrich Naumann  
STIFTUNG

FÜR DIE FREIHEIT



## Herausforderungen für die Freiheit – Chancen für die Zukunft

Christian Lindner MdL

[www.freiheit.org](http://www.freiheit.org)

JEDER MENSCH BRAUCHT  
FREIHEIT, UM SEINE  
ANLAGEN UND FÄHIGKEITEN  
ENTFALTEN UND  
VERWIRKLICHEN ZU KÖNNEN.  
SONST VERFÄHRT ER SICH,  
VERFÄHRT SICH, VERFÄHRT  
VERFÄHRT KULTUR UND  
WISSENSCHAFTEN, STAGNIERT  
DIE WIRTSCHAFT.  
GEISTIGES LEBEN BRAUCHT  
FREIHEIT GENAUSO, WIE DER  
KÖRPER DIE LUFT ZUM ATMEN.

**Liberales Institut**

Wenn Sie unsere Arbeit unterstützen wollen:  
Commerzbank Berlin  
BLZ 100 400 00  
Spendenkonto: 266 9661 04  
Spendenbescheinigungen werden ausgestellt.

**Herausgeber**

Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit  
Truman-Haus  
Karl-Marx-Straße 2  
14482 Potsdam

**Verantwortlich**

Liberales Institut  
Reinhardtstraße 12  
10117 Berlin  
Telefon: 0 30.28 87 78-35  
Telefax: 0 30.28 87 78-39  
[liberales.institut@freiheit.org](mailto:liberales.institut@freiheit.org)

Gesamtherstellung  
COMDOK GmbH

1. Auflage 2014

# Inhalt

Einleitung	5
------------	---

## I.

Am Anfang stand der Mut zur Marktwirtschaft	6
---	---

Rechtsstaat und Pressefreiheit mussten immer wieder verteidigt werden	6
---	---

Marktwirtschaftliche Erneuerung und europäischer Binnenmarkt	7
--	---

Schuldenbremse statt Gefälligkeitspolitik	7
---	---

Gegen die Bürokratisierung des Alltagslebens	7
--	---

Liberalismus als Kraft des Wandels	7
------------------------------------	---

## II.

Dem Liberalismus geht es um Dich	9
----------------------------------	---

Liberalismus heißt Lebenslaufhoheit	9
-------------------------------------	---

## III.

Der Einzelne fühlt sich zunehmend machtlos	11
--	----

Angst und Freiheitsmüdigkeit machen sich breit	12
--	----

Gegen die Einfältigkeit der Wenigen	12
-------------------------------------	----

Die Mehrheit muss der Minderheit Raum zur Entfaltung lassen	13
---	----

## IV.

Bürger sind keine betreuungsbedürftigen Mündel	14
Die Große Koalition verbraucht Zukunft, statt sie zu gestalten	15
Misstrauensvotum gegen die Bürgerinnen und Bürger	15

## V.

Vertrauen in den Menschen	17
Investitionen in Bildung statt flächendeckendem Mindestlohn	17
Fairer Wettbewerb braucht klare Regeln	18
Handeln und Haften wieder in Einklang bringen	18
Die Fleißigen statt die Findigen belohnen	19
Den Staat aus den Ketten seiner Schulden befreien	19
Angemessenes Tempo bei der Umsetzung der Energiewende	21
Energiepolitik muss europäisch gedacht werden	22

## VI.

Privatsphäre ist ein Menschenrecht	23
Der Staat kann nicht alles dürfen, was er technisch kann	23
Vorratsdatenspeicherung muss gestoppt werden	24
Europa muss in Fragen des Datenschutzes mit einer Stimme sprechen	25

## VII.

Soziale Fragen liberal beantworten	26
Sozial ist, Chancen auf Selbstbestimmung zu geben	26
Brücken in den Arbeitsmarkt bauen	27
Mehr Selbstständigkeit für Schulen und Lehrer statt alter Strukturdebatten	27
Hochschulen in die Freiheit entlassen	28
Die Einheitsschule führt zu noch mehr Ungleichheit	28

## VIII.

Europa ist das Fundament unserer Politik	30
Europas Strukturprobleme nicht verschweigen	30
Europa nicht den Gegnern der europäischen Idee überlassen	31
Die Stabilitätspolitik zeigt erste Erfolge	32
Keine Transferunion durch die Hintertür	32

## IX.

Deutschland braucht auch in Zukunft eine Kraft, deren Markenkern die Freiheit ist	33
Der Autor	34
Publikationen (Auswahl)	34



# Einleitung

*Zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik gibt es im Deutschen Bundestag keine liberale Fraktion. Schon nach wenigen Wochen der neuen Legislaturperiode ist diese Lücke sichtbar. Die Versuche anderer Strömungen, nun selbst auch „irgendwie liberal“ sein zu wollen, offenbaren erst die Vakanz.*

*Manche raten dem organisierten Liberalismus nun zu einer Aussöhnung mit dem öko-egalitären Mainstream. Andere legen unverhohlen eine Wende nach rechts nahe. Würde der Liberalismus diesen Ratschlägen folgen, er würde seine Seele verlieren. Er verfügt über eine reiche Tradition, die ihm Orientierung für die Zukunft gibt.*

# I.

## Am Anfang stand der Mut zur Marktwirtschaft

Im Jahr 1948 hat der erste liberale Wirtschaftsminister, Ludwig Erhard, noch vor Gründung der Bundesrepublik die Zwangsbewirtschaftung und die Preisbindung aufgehoben. Trotz großer Widerstände und großer Ängste, die es vor diesem Schritt gegeben hat. Und bereits am nächsten Tag hat sich gezeigt, dass die Schaufensterauslagen wieder gefüllt waren. Der Mut zur Marktwirtschaft – er hatte sich für die Menschen gelohnt.

In den fünfziger Jahren haben Liberale die Soziale Marktwirtschaft in Deutschland durchgesetzt: ein Rahmen für neue Unternehmungen, ein soziales Netz, das schützt vor dem Fall ins Bodenlose, und klare Regeln für den geordneten Markt.

## Rechtsstaat und Pressefreiheit mussten immer wieder verteidigt werden

1962 sah Konrad Adenauer in der Redaktion des „Spiegels“ „einen Abgrund von Landesverrat“ – und einen Grund dafür Journalisten in Haft zu nehmen. Es war der liberale Abgeordnete Wolfgang Döring im Deutschen Bundestag, der sich dem Koalitionspartner entgegengestellt hat und für das Recht auf Pressefreiheit, auch gegen Konrad Adenauer und einen Teil der Öffentlichkeit, gekämpft hat. Liberale

**Liberale hatten den Mut, für den Rechtsstaat zu kämpfen, den Mut, für die Pressefreiheit zu kämpfen.**

hatten den Mut, für den Rechtsstaat zu kämpfen, den Mut, für die Pressefreiheit zu kämpfen.

Moderne Gesellschaftspolitik für die Emanzipation des Einzelnen: In den siebziger Jahren hatte man den Mut, alte Zöpfe abzuschneiden. Es gab

harte interne Debatten über die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze als Voraussetzung dafür, dass es eine neue Ostpolitik geben konnte. Zusätzlich wurde eine moderne Gesellschaftspolitik formuliert, die auf die Emanzipation



des Einzelnen gesetzt hat und – wie man damals sagte – für die Bildungsexpansion, also faire Chancen für das „katholische Mädchen vom Land“. Diese Gesellschaftspolitik hat unser Land freier, toleranter und fairer gemacht.

## **Marktwirtschaftliche Erneuerung und europäischer Binnenmarkt**

In den achtziger Jahren gab es die marktwirtschaftliche Wende, um eine stagnierende Wirtschaftspolitik, die zu Arbeitslosigkeit, zu wachsenden Schulden und weniger dynamischem Wachstum geführt hatte, zu beenden. Es wurden Schritte unternommen zur europäischen Integration, um neue Wohlstandschancen über den europäischen Binnenmarkt zu erschließen und um über die Vertiefung unserer freundschaftlichen Beziehungen zu den Nachbarn den Weg zur deutschen Einheit zu ebnen.

## **Schuldenbremse statt Gefälligkeitspolitik**

In den neunziger Jahren waren es Liberale, die den Mut aufbrachten, sich einer Gefälligkeitspolitik in Deutschland entgegenzustellen. Das Schuldenwachstum hat die Chancen der nachfolgenden Generation beeinträchtigt. Die sozialen Sicherheitssysteme waren eben nicht sicher, sondern unvorbereitet auf den demographischen Wandel. Es war eine urliberale Idee, in den neunziger Jahren jene Schuldenbremse für den Staat zu fordern, die sich heute im Grundgesetz findet. Darauf können Liberale stolz sein.

## **Gegen die Bürokratisierung des Alltagslebens**

Im vergangenen Jahrzehnt war es die Aufgabe der Liberalen, sich der „Hydra“ (Paul Kirchhof) der Bürokratisierung unseres Alltagslebens entgegenzustellen. Das war der Hintergrund, warum sie ein einfaches Steuerrecht, Reformen im Sozialstaat im Sinne unseres Bürgergelds sowie eine Föderalismus- und Staatsreform gefordert haben. Das Ziel war, den Staat wieder so durchschaubar und handlungsfähig zu machen, dass jedermann, der sein Recht jeden Tag anwenden muss, es auch tatsächlich versteht.

## Liberalismus als Kraft des Wandels

Dieser Gang durch unsere Geschichte zeigt etwas von echter politischer Identität auf. Liberale waren immer Anwälte für Soziale Marktwirtschaft, für Rechtsstaatlichkeit, für Toleranz. Das sind auch die Pfeiler, auf denen unsere Gesellschaft steht. Zu keinem Zeitpunkt war der Liberalismus für den bloßen Erhalt von Strukturen. Er war immer eine Kraft des Wandels und die Kraft der Freiheit – und Freiheit braucht Mut.

## II.

### Dem Liberalismus geht es um Dich

Diese Identität unterscheidet Liberale von allen anderen politischen Strömungen in Deutschland. Fragt man einen Konservativen, worum es ihm im Zweifel geht, so wird er antworten: „Um den Staat, um die Ordnung, um christliche Werte.“ Fragt man jemanden von der politischen Linken, um was es ihm geht, so wird die Antwort vielleicht nicht mehr sein, dass er sich um die Arbeiterklasse kümmern will, aber er wird von „möglichst großer Gleichheit, der Reduzierung sozialer Unterschiede“ sprechen. Und spricht man jemanden von den Grünen an, worum es ihm im Zweifel, wenn die Werte miteinander in Spannung stehen, geht, dann wird die Antwort sein: „die Ökologie vor Raubbau und Ausbeutung durch Menschen zu schützen.“ Fragt man einen Liberalen, um was es ihm geht, so wird seine Antwort sein: „Um Dich. Um Dein Recht, im Hier und Jetzt glücklich zu werden. Um Deine Chance, Dein Leben selbst in die Hand zu nehmen. Um Deine Freiheit, Bindungen einzugehen oder zu lösen. Es geht uns um Dich, weil wir an Dich glauben. Und weil wir Vertrauen in Dich und alle anderen Menschen haben.“ Dieses Gesellschaftsbild ist das optimistischste und menschenfreundlichste politische Konzept, das in Deutschland zur Wahl steht. Weil es vom Einzelnen und seiner Einsicht und Verantwortungsfähigkeit ausgeht.

*Im Zentrum unserer liberalen Idee steht also nicht der Staat oder irgendeine abstrakte Idee oder soziale Klassen oder irgendetwas sonst. Im Zentrum steht der einzelne Mensch. Ihm sichern wir die Hoheit über sein Leben.*

### Liberalismus heißt Lebenslaufhoheit

Im Zentrum unserer liberalen Idee steht also nicht der Staat oder irgendeine abstrakte Idee oder soziale Klassen oder irgendetwas sonst. Im Zentrum steht der einzelne Mensch. Ihm sichern wir die Hoheit über sein Leben.

Dieser Individualismus, im besten Wortsinne, unterscheidet uns von den anderen. Ein Leben in Freiheit wäre unter dem

Machtdiktat von irgendjemandem nicht denkbar. Nur dann, wenn man frei entscheiden kann und nicht andere mehr

Ein Leben in Freiheit wäre unter dem Machtdiktat von irgendjemandem nicht denkbar. Nur dann, wenn man frei entscheiden kann und nicht andere mehr Macht über das eigene Leben haben als man selbst, kann man sein Leben selbstbestimmt und in Würde führen.

Macht über das eigene Leben haben als man selbst, kann man sein Leben selbstbestimmt und in Würde führen. Und aus diesem Grund sind wir für Soziale Marktwirtschaft, für Rechtsstaat und für die Bürgergesellschaft – denn das sind die Freiheitsordnungen, in denen der Einzelne sich am besten entfalten kann.

Wir wissen, dass die Menschen nicht vereinzelt bleiben. Sie finden sich in einer Bürgergesellschaft zusammen: in Familie, Nachbarschaften, Unternehmen, Vereinen, Verbänden, Elterninitiativen, Stiftungen. Nicht der Staat, sondern diese Selbstorganisation der Bürgerinnen und Bürger sichert den sozialen Zusammenhalt.

Und deshalb haben die Bürger, ihre Freiheit und ihre Eigenverantwortung zunächst einmal eine Chance verdient, bevor man nach dem Staat ruft.

### III.

## Der Einzelne fühlt sich zunehmend machtlos

Trotz des beeindruckenden Wohlstands und trotz großer Fortschritte in der Gesellschaftspolitik, viele fühlen sich zunehmend machtlos angesichts entfesselter Dynamiken, die ihr Leben bestimmen, aber auf die sie als Einzelne keinen Einfluss haben:

- ▶ Es wächst das Gefühl, allein mit dem enormen demographischen und technologischen Wandel konfrontiert zu sein, weil die Politik Zukunftsaufgaben scheut und den Menschen die Mittel nimmt selbst vorzusorgen.
- ▶ Der Einzelne fühlt Machtlosigkeit angesichts der Milliarden und Abermilliarden, die in den Tag und Nacht arbeitenden Pumpwerken von Euro-Rettungsschirm, Wohlfahrtsstaat und Energiesubvention umgewälzt werden.
- ▶ Es besorgt ihn die enorme Staatsverschuldung, die dem Staat zukünftige Handlungsfähigkeit nimmt.
- ▶ Über die Dominanz der Finanzmärkte über den Staat und die Wertschöpfung vor Ort kann jeder Handwerker berichten, der sich einmal um eine Finanzierung für seinen Betrieb bemüht hat.
- ▶ Regierungen treffen Entscheidungen auf Gipfeltreffen hinter verschlossenen Türen, mit denen unsere Freiheit eingeschränkt wird, die Parlamente und Bürgerinnen und Bürger aber nur noch hinnehmen können.
- ▶ Die Shitstorm-Kultur in den neuen Medien brüllt abweichende Meinungen schnell einmal nieder.
- ▶ Und es gibt einen politischen Zeitgeist, der zunehmend den Respekt vor Privateigentum, vor privater Lebensführung und der Privatsphäre verliert. Der Schutz der Privatsphäre und der privaten Lebensführung ist hingegen der Ausgangspunkt des modernen Liberalismus.

## Angst und Freiheitsmüdigkeit machen sich breit

Wie sind die Reaktionen auf diese Gefühlslage? Umfragen zeigen, dass das Vertrauen in die Soziale Marktwirtschaft nachgelassen hat. 73 Prozent der Deutschen sagen, früher hätte sie besser funktioniert.

Eine große Mehrheit der Deutschen will mehr Verbote und Einschränkungen ihrer Freiheit, das hat vor einiger Zeit eine Studie des John Stuart Mill Instituts dargestellt.

Die Antwort auf die Probleme wird also beim Staat gesucht. Es macht sich eine gewisse Freiheitsmüdigkeit breit. Und diese Tendenzen führen zu Ängstlichkeit, zu Besitzstandswahrung und zu einer fast duckmäuserischen Anpasstheit.

## Gegen die Einfältigkeit der Wenigen

Das machen sich andere zunutze. Die Sozialdemokraten haben im Bundestagswahlkampf 2013 plakatiert „Das Wir entscheidet“. In Berlin hat ein Witzbold darunter geschrieben „Und das Ihr bezahlt“. Dahinter steckt aber noch viel mehr, nämlich ein Bild vom Menschen und von der Gesellschaft. Dies zeigt sich, wenn überall eine „Demokratisierung“ gefordert wird; wenn etwa von „demokratischer

Es macht sich eine gewisse Freiheitsmüdigkeit breit. Und diese Tendenzen führen zu Ängstlichkeit, zu Besitzstandswahrung und zu einer fast duckmäuserischen Anpasstheit.

Marktwirtschaft“ gesprochen wird, in der die Richtung, in die sich die Gesellschaft entwickelt, demokratisch legitimiert werden muss. Um nicht missverstanden zu werden: Liberale sind überzeugte Demokraten. Sie wissen, dass in demokratischen Prozessen im Parlament über die Regeln des Spiels entschieden werden muss. In der Wirtschaftsordnung von Ludwig

Erhard und Otto Graf Lambsdorff entscheiden Sie über die Richtung, die unsere Gesellschaft künftig nimmt. Sie, die Bürgerinnen und Bürger als Unternehmer, weil Sie ein Angebot machen, oder: als Wissenschaftler, weil Sie eine bestimmte Erkenntnis suchen. Als Kunde weil Sie sich für dieses oder ein anderes Produkt entscheiden. Wenn Sozi-

aldemokraten und Grüne aber über die Demokratisierung beispielsweise der Wirtschaft sprechen, meinen die etwas ganz anderes: In dieser „demokratischen Marktwirtschaft“, da entscheiden nicht Sie, sondern da entscheiden Politiker und Beamte über die zukünftige Richtung der Gesellschaft – und da sind wir Liberale auf der Seite der Weisheit der Vielen und wehren uns gegen die Einfältigkeit der Wenigen.

Gerade weil der Zeitgeist in eine andere Richtung deutet, sind Liberale mehr denn je nötig, die Partei ergreifen für jeden einzelnen Bürger und für jede einzelne Bürgerin.

## **Die Mehrheit muss der Minderheit Raum zur Entfaltung lassen**

Demokratisierung, „Das Wir entscheidet“ – all das bedeutet, dass eine Mehrheit auch Zugriff hat auf das persönliche Leben; auf das, was vorher privat war. Natürlich müssen die großen Fragen gemeinsam entschieden werden, aber eine Mehrheit muss in einer liberalen Gesellschaft der Minderheit und dem Einzelnen immer eine Nische zur Entfaltung lassen.

„Das Wir entscheidet“ – das ist in Wahrheit die Herrschaft der Sozialingenieure und nicht mehr die tolerante, freie Gesellschaft, die Liberale wollen.

Aus dieser Tendenz, die ich beschrieben habe, erwachsen natürlich auch Gegenkräfte. Nötig ist mehr denn je, Vertrauen in die Bürgerinnen und Bürger zu setzen. Mehr denn je ist ein Anwalt nötig, die unsere Republik konstituierenden Werte von Marktwirtschaft, Rechtsstaatlichkeit, Toleranz und Privatheit zu schützen.

Gerade weil der Zeitgeist in eine andere Richtung deutet, sind Liberale mehr denn je nötig, die Partei ergreifen für jeden einzelnen Bürger und für jede einzelne Bürgerin.

## IV.

### Bürger sind keine betreuungsbedürftigen Mündel

Wie reagiert die Bundesregierung auf diese Herausforderungen? Zunächst einmal mit einer bemerkenswerten Wortwahl. Es ist jetzt fortwährend davon die Rede, die Große Koalition wolle Politik für „die kleinen Leute“ machen. Ich dachte, den Begriff gäbe es seit den fünfziger Jahren gar nicht mehr in Deutschland.

Politik für „die kleinen Leute“ – wer ist das? Ich kenne über 80 Millionen Bürgerinnen und Bürger in Deutschland. Darunter gibt es sozial Schwächere, die unsere Solidarität erfahren. Darunter gibt es Millionen Bürgerinnen und Bürger, die jeden Tag ihre Pflicht tun. Darunter gibt es viele, die jeden Tag mehr als ihre Pflicht tun und großartige Leistungen für unser Land erbringen. Wenn eine Regierung aber von ihrem Souverän als „den kleinen Leuten“ spricht, dann nimmt sie die Bürgerinnen und Bürger nicht ernst, sondern macht sie zu betreuungsbedürftigen Mündeln. So schleicht sich der Paternalismus in Deutschland ein.

Andere Gesellschaften, die nicht so stark vom Staat geprägt sind, kämen gar nicht auf die Idee eine solche Wortwahl zu wählen. Ich will das mit einer Anekdote veranschaulichen, die ich von John F. Kennedy gehört habe.

So schleicht sich der  
Paternalismus in  
Deutschland ein.

Kennedy besichtigte den Weltraumflughafen von Cape Canaveral und ließ sich dort die Anlagen zeigen. Er ging also mit einem Tross von Wissen-

schaftlern, Astronauten und NASA-Beamten durch Cape Canaveral. Und dann kam er an einen riesigen Hangar. Dort gab es nun einen Mann, der mit einem Besen die Halle ausgefegt hat. Da ging der Präsident zu diesem Mann und fragte ihn: „Was machen Sie hier?“ Und der Mann legte sein Kehrblech weg und salutierte: „Mr. President, einen Mann auf den Mond bringen.“ Und der Präsident sagte: „Danke, weitermachen!“ Der wäre nie auf die Idee gekommen, diesen Mann „einen kleinen Leut“ zu nennen – denn damit nimmt man den Menschen den Stolz auf ihre Arbeit und versagt ihnen den Respekt.



## **Die Große Koalition verbraucht Zukunft, statt sie zu gestalten**

Es ist ja auch bemerkenswert – jenseits der Wortwahl – was unter Politik für „kleine Leute“ in Deutschland neuerdings verstanden wird. Die Große Koalition nutzt jetzt ihre übergroße Mehrheit, um die Senkung der Rentenversicherungsbeiträge zu verhindern. Die Große Koalition will die eigentlich gesetzlich vorgeschriebene Senkung der Rentenversicherungsbeiträge verhindern, um andere – ihre eigenen – Vorhaben zu verwirklichen. Die Rentenversicherungsbeiträge zahlen allerdings nicht Millionäre, sondern Facharbeiter und Kindergärtnerinnen. Das ist deren Geld, mit dem die Große Koalition dann fürsorglich Politik machen will. Und dann erwartet sie noch die Dankbarkeit der von ihr so genannten „kleinen Leute“. Ich nenne das eine Form der Enteignung – und so macht man aus Bürgern kleine Leute. Was diese Rentenpolitik für die Zukunft bedeutet, das hat der renommierte Rentenexperte Bernd Raffelhüschen dieser Tage errechnet. Der Staat müsste nach seinen Berechnungen für die Rentenpläne der Großen Koalition Rückstellungen in Höhe von 852 Milliarden Euro bilden, wenn die nächste Generation nicht zusätzlich belastet werden soll. Um das ins Verhältnis zu setzen: Das ist siebenmal höher als die maximale Haftungssumme, die die „FAZ“ aus den Euro-Rettungsschirmen in Europa für Deutschland errechnet hat.

## **Misstrauensvotum gegen die Bürgerinnen und Bürger**

Unter Politik für „kleine Leute“ wird offenbar auch verstanden, dass der Fiskus weiter am meisten von jeder Gehaltserhöhung profitiert. Denn zwar haben das Bienen-Monitoring, das Tierwohl und auch das Tanzzentrum Pina Bausch den Weg in den Koalitionsvertrag gefunden – die Dämpfung der kalten Progression aber nicht. Am vergangenen Freitag hat die „Süddeutsche Zeitung“ über Zahlen aus dem Bundesfinanzministerium berichtet: 17,5 Milliarden Euro wird der Staat bis 2017 einnehmen, weil unser Steuersystem völlig unverändert bleibt – der Bundesfinanzminister nennt ja jede Veränderung inzwischen „Reformhuberei“. Die Unterlassung dieser Reformhuberei bis 2017 ko-

stet die Bürgerinnen und Bürger 17,5 Milliarden Euro. Das ist die erste, das ist die heimliche Steuererhöhung durch die Große Koalition – nämlich durch Unterlassung. Das alles offenbart aber auch eine Haltung: Den Leuten wird das Geld genommen bei der Rentenversicherung oder durch die kalte Progression. Mit der Vorratsdatenspeicherung will der Staat ins Schlafzimmer schauen. Wirtschaftliche Frei-

Mit der Vorratsdatenspeicherung will der Staat ins Schlafzimmer schauen. Wirtschaftliche Freiheit wird zensiert, die Vertragsfreiheit wird eingeschränkt. So eine Haltung ist eigentlich nichts anderes als ein Misstrauensvotum gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern.

heit wird zensiert, die Vertragsfreiheit wird eingeschränkt. So eine Haltung ist eigentlich nichts anderes als ein Misstrauensvotum gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern. Einer Regierung, die den Bürgerinnen und Bürgern misstraut, der sollten die Bürgerinnen und Bürger misstrauen.

Die Große Koalition ist in einer Fluchtbewegung erstarrt. Wir sehen derzeit eine Agenda des Rückschritts für Deutschland: Es heißt Nein zum Schuldenabbau, zu dringenden Reformen und zu mehr Fortschritt. Man

sieht ausschließlich defensive, rückwärtsgewandte Antworten: weniger Flexibilität am Arbeitsmarkt, Vorratsdatenspeicherung, Rente mit 63, Frauenquoten in Vorständen, neue Subventionen und so weiter und so fort. Die Herausforderungen unserer Zeit verlangen aber offensive Antworten, also neue betriebliche Arbeitsteilung, keine Angst vor der Technologie im Dienst des Menschen, mehr Förderung individueller Motivation, Entlastung der Jüngeren und mehr Zuwanderung qualifizierter Menschen.

## V.

### **Vertrauen in den Menschen**

Ich will einige der Kernherausforderungen für den Liberalismus nennen. Liberale stehen im Zweifelsfall für die Klugheit der Vielen, also den Markt. Das bedeutet ein Vertrauen in die Menschen, dass sie im tätigen Miteinander die besten Lösungen für die Herausforderungen unserer Gesellschaft finden. Es heißt auch, dass man auf die finanzielle Belastungsgrenze von Bürgern und Betrieben achten muss, dass man sie vor einer Bürokratisierung des Wirtschaftslebens schützt, die ihnen die Kreativität und die Flexibilität nimmt, neuen Wohlstand zu erwirtschaften und im internationalen Wettbewerb zu verteidigen. Im Sinne von Ludwig Erhard ist das die sozialste Politik, die man überhaupt nur formulieren kann.

### **Investitionen in Bildung statt flächendeckendem Mindestlohn**

Deshalb sind die zahlreichen Eingriffe in die Vertragsfreiheit, die jetzt geplant sind, von der Zeitarbeit bis zum Mindestlohn, aus meiner Sicht kritisch. Wenn sogar die Caritas – nicht die Arbeitgeberverbände, nicht die FDP, nicht der Wirtschaftsrat der CDU – vor der Einführung eines starren gesetzlichen Mindestlohns warnt, dann müsste man auch im Bundeskanzleramt beginnen nachzudenken. Das zeigt nämlich, dass es nicht darum geht, Lohndumping zu verteidigen – dagegen wenden auch wir uns. Hier geht es darum, dass durch einen starren gesetzlichen Mindestlohn die Einstiegsjobs für gering Qualifizierte zerstört werden könnten. Das mag sozial gemeint sein – aber mit jedem Einstiegsjob, der dadurch zerstört wird, wird Deutschland nicht sozialer, sondern verliert etwas an Aufstiegschancen und sozialer Gerechtigkeit. 1,5 Millionen junge Erwachsene zwischen 25 und 35 Jahren verfügen über keinerlei Schul- und Berufsabschluss. Wer für diese Menschen etwas tun will, der muss in Qualifikation investieren. Der muss auch noch Endzwanzigern ermöglichen, dass sie einen Schulabschluss und eine Ausbildung erreichen können. Das hilft konkret. Der starre gesetzliche Mindestlohn, der wird dagegen – zumal

in den neuen Ländern – eine noch höhere Hürde sein, die diese Menschen überwinden müssen, um eine Chance auf ein selbstbestimmtes Leben zu haben. Daran ist nichts sozial.

## Fairer Wettbewerb braucht klare Regeln

Das ist aber nur die eine Seite unserer Wirtschaftspolitik: der Schutz vor überflüssigen Regelungen und Bürokratisierung des Wirtschaftslebens. Die andere Seite, das ist die Ordnung unseres Miteinanders in Wirtschaft und Gesellschaft. Es ist genauso wichtig, wie den Schutz vor über-

Denn unser Marktvertrauen ist keine Marktgläubigkeit.

Der Markt braucht Regeln, damit er funktionieren kann.

triebenen Regulierungen zu kritisieren, diejenigen Bereiche zu identifizieren, wo der Staat als Schiedsrichter tatsächlich gebraucht wird.

Denn unser Marktvertrauen ist keine Marktgläubigkeit. Der Markt braucht Regeln, damit er funktionieren kann.

Alexander Rüstow, einer der Ideengeber des neuen Liberalismus in den zwanziger und dreißiger Jahren sagte, der Staat müsse oberhalb der Wirtschaft, oberhalb der Interessenten stehen – um von dort die Regeln des Spiels zu bestimmen.

Diese Regeln müssen für alle gleich sein, weil das die Grundlage für fairen Wettbewerb und individuelle Entscheidungsfreiheit ist.

## Handeln und Haften wieder in Einklang bringen

Wenn nun aber einzelne Unternehmen und Banken so mächtig geworden sind, dass sie nicht scheitern dürfen, dann verformt das die Marktwirtschaft, dann werden die Grundprinzipien von Wettbewerb und Haftung außer Kraft gesetzt. In der liberalen Wirtschaftsordnung darf niemand „too big to fail“ werden. Während unsere deutschen Familienunternehmen und die Beschäftigten enorme Lasten schultern müssen, können internationale, oft amerikanische Konzerne Milliarden Gewinne erwirtschaften, ohne dass sie sich an der Finanzierung unserer Infrastruktur und unseres Gemeinwesens beteiligen müssen. Denn sie können

ihre Gewinne in Steueroasen – mindestens nach Luxemburg – verlagern. Also brauchen wir ein international abgestimmtes Steuerrecht, das Waffen- und Regelgleichheit zwischen Mittelstand und dem internationalen Konzernkapitalismus schafft.

## Die Fleißigen statt die Findigen belohnen

Wenn man dieser Tage wieder erfahren musste, dass Großbanken Zinsen und Devisenkurse zum Schaden von Millionen Kundinnen und Kunden manipulieren, dann erwarten auch liberal denkende Bürgerinnen und Bürger, dass man dieser Anarchie der Raffer die Regeln einer liberalen Wirtschaftsordnung entgegensetzt. Liberale sind nämlich nicht für Banken, Liberale sind nicht für Business, Liberale sind für Menschen in Märkten.

Das ist ihre Kernkompetenz, Märkte so zu ordnen, dass der Fleißige und nicht der Findige belohnt wird. Die größte Hürde aber für die Ordnung der Kapitalmärkte ist die Verbindung von Staatsfinanzen und Finanzindustrie. Deshalb brauchen wir wieder eine vernünftige, nachhaltige Wirtschafts- und Finanzpolitik, wo die Politik nur das verspricht, was sie auch bezahlen kann. In den letzten Jahren sind Staaten und Finanzindustrie immer weiter zusammengewachsen. Einer hat bereits von einer „Bastardökonomie“ gesprochen, weil es eben keine Marktwirtschaft mehr ist, wenn Staaten und Finanzindustrie in dieser Weise verbunden sind. Es ist also die ordnungspolitische Schlüsselaufgabe der nächsten Jahre, diese beiden Sphären wieder zu trennen, denn keiner hat etwas davon, wenn auf der einen Seite Staaten und Banken stehen und auf der anderen Seite dann der Mittelstand. Diese Bereiche sind zu trennen.

## Den Staat aus den Ketten seiner Schulden befreien

Dazu bedarf es eines Schuldenabbaus. Es war ja vorgesehen, in der Legislaturperiode bis 2017 mit der Tilgung von Alt-

In den letzten Jahren sind Staaten und Finanzindustrie immer weiter zusammengewachsen. Einer hat bereits von einer „Bastardökonomie“ gesprochen, weil es eben keine Marktwirtschaft mehr ist, wenn Staaten und Finanzindustrie in dieser Weise verbunden sind.

schulden zu beginnen. Wir haben die – möglicherweise für meine ganze Lebenszeit – einmalige ökonomische Situation künstlich niedriger Zinsen, eines robusten Arbeitsmarktes und einer enorm dynamisch steigenden Finanzierungsbasis des Staates. Das müsste nun genutzt werden, um die öffentlichen Haushalte dauerhaft zu entschulden. Oder um es klarer zu sagen: um den Staat aus den Ketten seiner Schulden zu befreien; um dafür zu sorgen, dass er zukünftig nur noch einen Souverän hat: nämlich die Bürgerinnen und Bürger – und nicht länger auch seine Gläubiger. Das ist jetzt abgesagt worden. Stattdessen hat sich die Große Koalition auf 23 Milliarden Euro Mehrausgaben – vorsichtig geschätzt – verständigt. In Europa empfehlen wir unseren Partnern dagegen, dass sie wieder solide wirtschaften sollen. Diese Gefälligkeitpolitik in Deutschland gefährdet unsere Glaubwürdigkeit in Europa und damit auch den Stabilisierungskurs über unser Land hinaus. Liberale halten daran fest: Der Staat muss aus den Ketten seiner Schulden, aus der Abhängigkeit seiner Gläubiger befreit werden. Das ist ein Gebot der ökonomischen Klugheit und im Übrigen auch ein Gebot der Generationengerechtigkeit. Bevor also der Staat seine aktuellen Aufgaben nicht dauerhaft und

nachhaltig und ohne Steuer- und Abgabenerhöhung finanzieren kann, verbietet sich die Diskussion über jede neue zusätzliche Staatsaufgabe. Wir brauchen auch eine Ausgaben-, eine Schulden- und eine Belastungsgrenze.

**Liberale halten daran fest: der Staat muss aus den Ketten seiner Schulden, aus der Abhängigkeit seiner Gläubiger befreit werden. Das ist ein Gebot der ökonomischen Klugheit und im Übrigen auch ein Gebot der Generationengerechtigkeit.**

Die Finanzierung der Staatshaushalte durch die Notenpresse muss verhindert werden. Mit Blick auf den Finanzsektor ist die Aufgabe eigentlich noch dringender – wegen der aktuellen Niedrigzinspolitik zusammen.

Mario Draghi gibt den Banken Niedrigzinsen. Die kaufen sich dann Staatsanleihen, die höher verzinst sind, und haben sie in ihrer Bilanz, ohne dass dafür eine Risikovorsorge vorgesehen wäre. Wer könnte in diesen Tagen aber noch davon sprechen, dass die Staatsanleihe im Euroraum per se risikolos wäre? Und deshalb ist die Aufgabe nun dafür zu sorgen, dass Staatsanleihen mit dem angemessenen Risiko behandelt werden, das sie auch

tatsächlich haben. Das bremst dann die Möglichkeit, dass kreditsüchtige Politik sich über den Umweg der Banken in Wahrheit von der Notenbank finanzieren lässt.

Dauer-Subventionen für die erneuerbaren Energien gehören auf den Prüfstand. Die große wirtschaftspolitische Herausforderung, vor der wir in den nächsten Jahren stehen, das ist die Bewältigung – und ich spreche bewusst von Bewältigung – der Energiewende. 24 Milliarden Euro werden im nächsten Jahr im Erneuerbare-Energien-Gesetz umgewälzt – für Energie, die einen Marktwert von 6 Milliarden Euro hat. 18 Milliarden Euro sind also Einkommensumverteilung. Die Rentnerin und der BAFÖG-Empfänger zahlen in den EEG-Topf ein, und Investoren bekommen dann für 20 Jahre eine garantierte Rendite. Das ist die größte Umverteilung von unten nach oben, die wir in Deutschland haben. Dazu schweigen die linken Gerechtigkeitstheoretiker bemerkenswerterweise. Da wirkt es schon ein wenig alarmierend, dass eine grundlegende Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes erst für das Jahr 2017/2018 geplant ist. Dabei müssten wir schon jetzt umgehend die Strukturen des Erneuerbare-Energien-Gesetzes verändern, weil es sonst den deutschen Standort nicht stärkt, sondern in Wahrheit belastet, Arbeitsplätze kostet und ein Anschlag auf soziale Gerechtigkeit ist. Zurzeit reagiert man auf die Probleme der Subventionierung der Erneuerbaren Energien dadurch, dass es neue Subventionen gibt. Jetzt für die konventionellen Kraftwerke. Das ist typisch: Macht die eine Subvention den Markt kaputt, dann versucht man mit der nächsten Subvention gegenzusteuern. In Wahrheit müssen wir die Dauersubvention für die Erneuerbaren Energien auf den Prüfstand stellen – dann brauchen wir keine neuen Subventionen.

Das ist typisch: Macht die eine Subvention den Markt kaputt, dann versucht man mit der nächsten Subvention gegenzusteuern.

## Angemessenes Tempo bei der Umsetzung der Energiewende

Wir haben inzwischen ein aberwitziges Tempo zugelegt bei der Energiewende. Wir sollten in Erinnerung rufen: Der Plan ist, dass wir im Jahr 2050 80 Prozent der Energie aus

Erneuerbaren beziehen – und nicht bereits im Jahr 2030. Das Tempo überfordert nicht nur unseren Wirtschaftsstandort, es ist auch teilweise schlicht physikalisch nicht möglich. Deshalb brauchen wir ein angemessenes Tempo der Energiewende, das sich nach Wirtschaftlichkeit und den physikalischen Möglichkeiten in den Netzen richtet – und nicht nach dem Wunschdenken, das am grünen Tisch entsteht, im wahrsten Sinne des Wortes.

## **Energiepolitik muss europäisch gedacht werden**

Und nicht zuletzt: Nichts ist so europäisch wie die Energiepolitik, denn die Netze sind europäisch. Es gibt keine allein deutsche Energiewende. Es gibt erst recht keine bayerische oder nordrhein-westfälische Energiewende. Überhaupt gehört dieses Denken in Autarkie eigentlich ins 19.

Deshalb brauchen wir ein angemessenes Tempo der Energiewende, das sich nach Wirtschaftlichkeit und den physikalischen Möglichkeiten in den Netzen richtet - und nicht nach dem Wunschdenken, das am grünen Tisch entsteht, im wahrsten Sinne des Wortes.

Jahrhundert. Wir leben in Europa – und deshalb braucht auch die Energiepolitik eine europäische Perspektive mit einem europäischen Strombinnenmarkt, in dem wir die Möglichkeiten des Klimas, der Topographie optimal nutzen können – mit Windkraft im Norden, mit Wasser in den Alpen und in Skandinavien, mit Sonne im Süden. So wird das für alle gemeinsam ein Gewinn und nicht nur ein Schaden für die Deutschen.



## VI.

### **Privatsphäre ist ein Menschenrecht**

Ein zweites großes Thema wird uns noch lange beschäftigen: Die Enthüllungen zur Tätigkeit amerikanischer und britischer Geheimdienste in Deutschland haben offenbart, dass die Privatheit auch im 21. Jahrhundert und auch in Demokratien nicht gesichert ist. Dabei geht es nicht nur um Sicherheitspolitik, sondern um einen grundlegenden Strukturwandel von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft in Zeiten der Digitalisierung aller Lebensbereiche. Ihn zu gestalten und die individuelle Freiheit zu verteidigen, ist eine unserer Aufgaben. Privatsphäre ist ein Menschenrecht. Doch nun wissen wir, dass unsere Daten und unsere Kommunikation nicht mehr privat sind – wir uns zumindest nicht mehr darauf verlassen können. Das vornehmste Bürgerrecht läuft also zunehmend leer. Je stärker unser Alltag von elektronischen Medien durchdrungen ist und je mehr Daten staatliche oder kommerzielle Stellen sammeln, desto mehr besteht die Möglichkeit, dass wir durchsichtig werden, für wen auch immer. Wer sich aber nicht darauf verlassen kann, dass Privates auch privat bleibt, der verändert sein Verhalten. Wenn ich nicht weiß, wenn ich mich nicht darauf verlassen kann, dass das Privateste auch privat bleibt, und ich entscheide, wer etwas von mir weiß oder nicht weiß, dann werde ich mich immer so verhalten, als stünde ich unter den Augen der Öffentlichkeit. Das ist die größte Freiheitseinschränkung, denn das Öffentliche und Private fallen nur in totalitären Gesellschaften zusammen – in liberalen bleiben sie getrennt.

### **Der Staat kann nicht alles dürfen, was er technisch kann**

Der frühere Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich sprach vor einiger Zeit von einem „Supergrundrecht“ auf Sicherheit. Damit könnte jedes andere Freiheits- und Abwehrrecht gebrochen werden. Dieses Denken führt weg vom liberalen Rechtsstaat direkt zum Überwachungsstaat. Der Staat kann nicht alles dürfen, was er technisch kann.

Dieses Denken ist eine Freiheitsbedrohung, die der Bedrohung durch den Terrorismus nicht nachsteht. Wir werden bedroht von Menschen, die uns unsere offenen Gesellschaften und unsere Freiheiten neiden. Deshalb versuchen sie uns im Alltag zu treffen.

Wenn wir auf diese Bedrohung unserer Freiheit und der Offenheit unserer Gesellschaften dadurch reagieren, dass wir selbst unsere Freiheit und unsere Offenheit opfern für vermeintliche Sicherheit, dann haben die in Wahrheit doch schon gewonnen, ohne dass sie überhaupt etwas unternehmen müssen. Dann hätten wir uns unterworfen.

## Vorratsdatenspeicherung muss gestoppt werden

Dennoch, als sei nichts gewesen, beschließt die Große Koalition jetzt die Vorratsdatenspeicherung. Niemand kann sich sicher sein, dass diese Daten nicht irgendwann in unbefugte Hände, in Hände von wem auch immer geraten – die Amerikaner haben auch nicht geglaubt, dass ihre schlüpfrigen Kabelberichte aus den Botschaften irgendwann bei Wikileaks zu finden wären. Niemand kann sich sicher sein, dass seine Daten nicht auch irgendwann aufgrund von technischem Versagen oder krimineller Energie irgendwo im Internet zu besichtigen sind – und man sehen

Wenn wir auf diese Bedrohung unserer Freiheit und der Offenheit unserer Gesellschaften dadurch reagieren, dass wir selbst unsere Freiheit und unsere Offenheit opfern für vermeintliche Sicherheit, dann haben die in Wahrheit doch schon gewonnen, ohne dass sie überhaupt etwas unternehmen müssen. Dann hätten wir uns unterworfen.

kann, mit wem Sie die letzten sechs Monate von wo telefoniert oder SMS geschickt haben. Die Befürworter der Bürgerüberwachung haben sich schon in der Vergangenheit nicht gescheut, Zusammenhänge zu konstruieren, die es faktisch nicht gibt. Das gab es immer, dass Fahndungserfolge vorgeschoben wurden, die angeblich mit der Vorratsdatenspeicherung zu tun haben.

## Europa muss in Fragen des Datenschutzes mit einer Stimme sprechen

Auch auf europäischer Ebene wird über den Datenschutz gesprochen. Es gibt eine europäische Datenschutz-Grundverordnung, die geplant ist, über die seit anderthalb Jahren gestritten wird. Unlängst hat der Europäische Rat diese europäische Datenschutz-Grundverordnung schon wieder verschoben – auf einen Zeitpunkt nach der Europawahl, vielleicht im Jahr 2015, möglicherweise auch noch später. Auf Betreiben der Bundeskanzlerin. Gerade jetzt müsste Europa im Gespräch mit den Vereinigten Staaten und für anstehende Verhandlungen seine eigenen politischen Werte und seine eigenen Datenschutzerfordernungen klären.

Die Bürgerinnen und Bürger haben das Recht, dass die Regierungen beim Schutz ihrer Grundfreiheiten das gleiche Tempo an den Tag legen, das sie haben, wenn es um die Rettung von Banken und das Aufspannen von Rettungsschirmen geht. Es ist gleich wichtig, ob es um Freiheit geht oder um finanzpolitische Fragen. Liberale sind für den Rechtsstaat. Sie sind dafür, dass seine Mittel gemäßigt und verhältnismäßig eingesetzt werden. Der Rechtsstaat ist der Freiheit des Einzelnen verpflichtet, er darf nicht alles. Freiheit geht vor Sicherheit.

Der Rechtsstaat ist der Freiheit des Einzelnen verpflichtet, er darf nicht alles. Freiheit geht vor Sicherheit.

## VII.

### Soziale Fragen liberal beantworten

Liberaler stehen auch dafür, dass jeder eine Chance bekommt ein selbstbestimmtes Leben zu führen. Aber auch dafür, dass die Stärkeren in der Gesellschaft für die Schwächeren eintreten. Denn nicht jeder schafft es, seine Chance in einen Erfolg zu verwandeln. Klar ist aber auch: Man wird die Schwachen nicht dadurch stärken, indem wir die Starken schwächen. Wer soziale Fragen als berechtigt annimmt, ist nicht verpflichtet, darauf eine sozialdemokratische Antwort zu geben. Es gibt auch eine liberale Per-

Man wird die Schwachen nicht dadurch stärken, indem wir die Starken schwächen. Wer soziale Fragen als berechtigt annimmt, ist nicht verpflichtet, darauf eine sozialdemokratische Antwort zu geben.

spektive. Diese liberale Perspektive, sie ist notwendiger denn je, denn die Steigerung der Sozialleistungsquote in Deutschland – wir verwenden inzwischen ein Drittel unserer gesamten Wirtschaftsleistung für soziale Fragen – in den vergangenen Jahrzehnten hat eben nicht dazu geführt, dass unsere Gesellschaft heute signifikant sozialer oder gerechter wäre als noch vor einigen Jahren. Im Gegenteil. Ich

behaupte, dass unser Wohlfahrtsstaat sich von seinem eigentlichen Ziel entfernt hat. Sein Ziel muss doch sein, den Einzelnen zu befähigen, unabhängig sein Leben zu führen, sein Leben in Freiheit selbst zu gestalten. Er ist aber zu einem Magneten geworden: Wer ihm nahe kommt, der wird von ihm angezogen. Und je näher man ihm kommt, desto stärker hält der Wohlfahrtsstaat einen Bedürftigen mit seinen Institutionen und Leistungen fest. Er führt in die Abhängigkeit.

### Sozial ist, Chancen auf Selbstbestimmung zu geben

Wir haben ein anderes Bild, wir haben das Bild eines Sozialstaats, der ist wie ein umgepolter Magnet: Wer ihm nahe kommt, soll nicht angezogen werden, sondern er soll immer wieder in die Selbstbestimmung, in die Unabhängigkeit gebracht werden. Deshalb sind Konzepte wie un-

ser Bürgergeld, die auch für Menschen mit einer geringeren Qualifikation mit einem geringeren Einkommen einen echten Anreiz bieten, ihr Leben selbstbestimmt zu gestalten, diesen Umverteilungsinstrumenten allemal überlegen. Denn sozial ist nicht, den Menschen das Taschengeld zu erhöhen. Sozial ist es, ihnen Chancen auf Selbstbestimmung zu geben und zu zeigen, dass sich jede Anstrengung lohnt, auch die in einem noch nicht so gut bezahlten Beruf.

Wahlfreiheit, Wettbewerb, Autonomie - das sind unsere Leitideen für die Gestaltung des Bildungssystems.

## Brücken in den Arbeitsmarkt bauen

Es ist ein Skandal, dass in manchen Gegenden noch fast jeder zehnte Jugendliche ohne einen Schulabschluss bleibt. Was haben die für Perspektiven im Leben? Da muss man sich ja nicht wundern, dass sie auf den Staat angewiesen sind oder ihr Dasein dauerhaft im Niedriglohnbereich fristen müssen. Das Ziel der Bildungspolitik muss also sein, nicht nur auf die formalen Abschlüsse oder gar nur auf das Ende der Schulpflicht zu achten. Das Ziel der Bildungspolitik muss die Integration, muss die Brücke in den Arbeitsmarkt sein – insbesondere an den Haupt- und Realschulen. Denn da entscheidet sich, wie der ganze weitere Lebensweg ist. Wer hier schon den Anschluss verliert, wird auf Dauer in Abhängigkeit von staatlichen Systemen leben müssen. Genau das wollen wir nicht, denn wir wollen unabhängige Menschen – im Urteil, aber auch hinsichtlich ihres Einkommens und ihrer Möglichkeiten, etwas aus ihrem Leben zu machen. Das ist keine Leistungsrelativierung, weil das Bemühen um Chancengerechtigkeit ja gerne unter dem Vorzeichen der Idee der Gleichheit diskutiert wird. Abitur für alle ist kein sinnvolles politisches Ziel. Mir ist ein glücklicher Facharbeiter lieber als ein unglücklicher Professor.

## Mehr Selbstständigkeit für Schulen und Lehrer statt alter Strukturdebatten

Wahlfreiheit, Wettbewerb, Autonomie – das sind unsere Leitideen für die Gestaltung des Bildungssystems. 60 Prozent der Lehrerinnen und Lehrer in Deutschland sagen, sie hätten gerne mehr Möglichkeiten, den Unterricht selbst zu

gestalten. Sie wünschen sich mehr Einfluss auf den Schulalltag vor Ort. Aber stattdessen sind sie gefangen in einem dichten Korsett ministerieller Verordnungen und Vorgaben. 60 Prozent der Lehrer sagen, sie wollten mehr tun für den individuellen Bildungserfolg ihrer Schülerinnen und Schüler – sie werden aber daran gehindert. Das zeigt doch:

Nichts ist sozial an der Idee, wir bräuchten Einheitsschulen in Deutschland.

Wir brauchen nicht den großen Umbau des Bildungssystems, nicht große Strukturdebatten, nicht die Einheitsschule. Wir brauchen das, was Menschen immer brauchen, wenn sie sich entfalten wollen: nämlich Freiheit –

auch in jedem Klassenzimmer, weil Bildung sich zwischen Menschen vollzieht, zwischen motivierten Lehrerpersönlichkeiten und ihren Schülerinnen und Schülern.

## Hochschulen in die Freiheit entlassen

Das gilt auch für die Hochschulen. Ein Beispiel ist das nordrhein-westfälische Hochschulfreiheitsgesetz, von dem die Hochschulrektorenkonferenz gesagt hat, es sei „mustergültig“, weil es einen enormen Schub an Kreativität in die Fachhochschulen und Universitäten in unserem Land gebracht hat. Qualität der Lehre und der Forschung im Alltag wurden ganz konkret verbessert. Zurzeit werden diese ganzen Freiheiten aber wieder eingesammelt, weil Rot-Grün in NRW gerne wieder Hochschulen hätte, die wie nachgeordnete Behörden auf den Befehl aus dem Ministerbüro warten. So zerstört man die Kreativität und die Verantwortungsbereitschaft, die es im Bildungssystem gibt.

## Die Einheitsschule führt zu noch mehr Ungleichheit

Nichts ist sozial an der Idee, wir bräuchten Einheitsschulen in Deutschland. In Baden-Württemberg oder bei uns in Nordrhein-Westfalen und an vielen anderen Orten ist das Gymnasium die erfolgreichste und beliebteste Schulform. Das ist keine Eliteschulform. Das Gymnasium, das heute mitunter von 50 bis 60 Prozent eines Altersjahrgangs besucht wird, ist die Schule von Mittelstand und Mittelschicht. Weil es aber Parteien gibt, die eine Gesellschaft wollen, die auf Gleichheit basiert, wollen sie auch ein Bil-

dungssystem, das an der Idee der Gleichheit ausgerichtet ist. Denn die Werte, die man in der Bildungspolitik vertritt, das sind in Wahrheit doch die, die man auch für die Gesellschaft insgesamt will. Was wäre aber die Folge eines vereinheitlichten Bildungssystems? Dann würden doch diejenigen, die heute ihre Kinder zum Gymnasium geben und dieser neuen Einheitsschulform nicht vertrauen, den letzten Euro zusammenkratzen, um ihre Kinder dann wie in Großbritannien und in den USA in Privatschulen zu geben. Was ist daran sozial? Damit würde das genaue Gegenteil erreicht – nämlich die Spaltung der Gesellschaft in die, die sich private Bildung leisten können, und die anderen, die mit ihren Kindern in den öffentlichen Schulen bleiben müssen.

## VIII.

### Europa ist das Fundament unserer Politik

Unser größter Auftrag in den nächsten Jahren das ist die Gestaltung Europas. Für die Generation meiner Großeltern, da hat Europa Frieden bedeutet. Für die Generation meiner Eltern war Europa Wohlstand.

Europa ist heute ein Raum der Freiheit. Und deshalb sollten wir dieses europäische Freiheitsmodell weiter verteidigen. Das ist nicht nur eine Lehre aus der Geschichte, es ist vor allen Dingen auch eine Versicherung für die Zukunft. Wir wissen, dass die Welt im Wandel ist.

Für meine Generation ist Europa zunächst Freiheit: das zollfreie Paket aus Paris, keine bürokratischen Schereien bei der Wahl des Studienortes in Rom oder der Annahme eines Arbeitsplatzes in Madrid, keine Schlagbäume, die man passieren muss, wenn man Urlaub in Portugal machen will, keine Währungsschwankungen, wenn Mittelständler in Europa Geschäfte machen wollen. Europa ist heute ein Raum der Freiheit. Und deshalb sollten wir dieses europäische Freiheitsmodell weiter verteidigen. Das ist nicht

nur eine Lehre aus der Geschichte, es ist vor allen Dingen auch eine Versicherung für die Zukunft. Wir wissen, dass die Welt im Wandel ist. Dass es Regionen gibt, die in enormem Tempo an technologischem, politischem und ökonomischem Potenzial gewinnen.

Wer also unseren Wohlstand, unseren Lebensstil, unseren „way of life“ verteidigen will, der muss Europa zusammenhalten, weil wir nur dann ein Akteur auf der Weltbühne bleiben können.

### Europas Strukturprobleme nicht verschweigen

Europa selbst aber hat einen Klärungsbedarf, was seine Identität und seine Strukturen angeht. Ich empfinde es als einen Treppenwitz der Geschichte, dass auf der einen Seite in Brüssel die EU-Kommission Sanktionen gegen Deutschland prüft, weil unser Arbeitsmarkt zu flexibel, unsere Schulden zu niedrig und unsere Wirtschaft zu wettbe-



werbsfähig ist – weil sich marktwirtschaftliche Reformen also als „zu erfolgreich“ herausgestellt haben. Und zeitgleich beschließt das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei in Peking, dass man zukünftig vor allen Dingen auf den Markt vertrauen will, wenn es um die Zuteilung von Ressourcen geht. Europa ist in der Defensive – und wir wollen, dass Europa wieder in die Offensive findet.

## Europa nicht den Gegnern der europäischen Idee überlassen

Diese Defensive spüren auch die Bürgerinnen und Bürger. Deshalb gibt es eine Konjunktur rechtspopulistischer Parteien in Europa: Le Pen in Frankreich, UKIP in Großbritannien. Wir haben diese Partei, die ich die „nationalökonomische Bauernfängertruppe“ nenne. Das sind Parteien, die haben keine Konzepte zur Gestaltung Europas. Die nehmen nur auf, dass es eine nicht geklärte Zukunftsperspektive für unseren Kontinent gibt. Die nehmen auf, dass selbst bürgerliche Wähler den Eindruck haben, dass die etablierten Parteien über die bestehenden Strukturprobleme in Europa den Mantel des Schweigens breiten wollen.

Deshalb ist es unsere Aufgabe als Partei mit dezidiert europäischer Tradition, Gesinnung und Zukunftsperspektive, dass wir als Freunde Europas seine Strukturdefizite benennen und an ihnen arbeiten, weil wir Europa nicht den Gegnern der europäischen Idee überlassen wollen. Wir wollen mehr Europa in den Bereichen, wo es nur gemeinsame europäische Lösungen geben kann – bei der Energie, beim Datenschutz, bei der Ordnung der Finanzmärkte. Aber über Staubsauger, Glühbirnen, Frauenquote – darüber können wir in Deutschland selbst entscheiden, da brauchen wir keine Regelung aus Brüssel, das ist eine Frage, die in nationaler, in regionaler und am liebsten in der Verantwortung der Bürgerinnen und Bürger verbleiben kann.

Deshalb ist es unsere Aufgabe als Partei mit dezidiert europäischer Tradition, Gesinnung und Zukunftsperspektive, dass wir als Freunde Europas seine Strukturdefizite benennen und an ihnen arbeiten, weil wir Europa nicht den Gegnern der europäischen Idee überlassen wollen.

## Die Stabilitätspolitik zeigt erste Erfolge

Es hat also enorme Fortschritte auf dem Weg zu mehr Stabilität gegeben. Wir sind auf dem richtigen Weg. Jetzt aus ideologischen Gründen mit einem Gerede über Euroaustritt neue Turbulenzen in Europa zu verursachen, ist nicht verantwortbar. Der Weg muss weiter fortgesetzt werden.

Die Stabilisierungspolitik, die Liberale seit 2010 verfolgt und letztlich auch durchgesetzt haben, sie zeigt jetzt erste Erfolge. Man kann es etwa bei den Leistungsbilanzen sehen oder bei den Risikoaufschlägen auf Staatsanleihen. Es hat dramatische Reformen gegeben beispielsweise in Griechenland. Bei uns gibt es Diskussionen darüber, wenn die Rente nicht steigt – dort sind Einkommen, Pensionen und Renten um 20 bis 30 Prozent gekürzt worden. Diese Kraftanstrengung verdient Respekt.

Es hat also enorme Fortschritte auf dem Weg zu mehr Stabilität gegeben. Wir sind auf dem richtigen Weg. Jetzt aus ideologischen Gründen mit einem Gerede über Euroaustritt neue Turbulenzen in Europa zu verursachen, ist nicht verantwortbar. Der Weg muss weiter fortgesetzt werden.

## Keine Transferunion durch die Hintertür

Aber auch von anderer Seite droht Gefahr. Der Bundesfinanzminister hat auf einem europäischen Gipfel vor einiger Zeit zugestimmt, dass zukünftig auch die einzelne Bank aus dem europäischen Stabilitätsmechanismus finanziert werden kann. Jetzt wird eine Bankenunion in Europa vorbereitet. Gegen die ist nichts zu sagen, solange es sich um gemeinsame Regeln und gemeinsame Verfahren handelt. Beabsichtigt ist aber spätestens mittelfristig ein gemeinsamer europäischer Bankenabwicklungsfonds. In den zahlen dann alle Banken in Europa, die eine bestimmte Größe haben, ein, und der wird genutzt, um marode Banken zu stabilisieren oder abzuwickeln. Man merkt, was da beabsichtigt ist. Der paneuropäische Bankenabwicklungsfonds, das ist nichts anderes als die Transferunion durch die Hintertür. Am Ende könnte nämlich dann der deutsche Sparer für marode spanische Sparkassen haften – und das haben Liberale immer zu verhindern versucht. Das wäre eben nicht die Verantwortungswirtschaft, in der Handeln und Haften verbunden sind.

## IX.

### **Deutschland braucht auch in Zukunft eine Kraft, deren Markenkern die Freiheit ist**

Aus dieser Selbstvergewisserung, diesen Projekten liberaler Politik erwächst für uns auch eine neue Souveränität, alte Klischees zu überwinden: Wenn der Vorsitzende der Industriegewerkschaft Bergbau Chemie Energie, Michael Vassiliadis, dieser Tage die Technologie- und Fortschrittsskepsis in Deutschland beklagt, dann hat er uns an seiner Seite. Und wenn ein Wirtschaftsverband für seine Branche Privilegien fordert, zulasten seiner Kunden, dann kann er des Widerstands der Partei des Wettbewerbs sicher sein. Überwinden wir also diese alten Schützengräben. Wir stehen für einen Liberalismus, der lernfähig ist. Für einen Liberalismus, der den Bürgerinnen und Bürgern vertraut. Wir stehen für einen Liberalismus, der niemals still steht, sondern der unsere gemeinsame Zukunft optimistisch gestalten will. Auf so eine Kraft in Deutschland kann niemand verzichten.

## Der Autor

Christian Lindner, MdL (\*7. Januar 1979) ist seit der Landtagswahl im Mai 2012 Mitglied des Landtages sowie Vorsitzender der Landtagsfraktion und des Landesverbandes der FDP in Nordrhein-Westfalen. Am 7. Dezember 2013 wurde er zudem zum Bundesvorsitzenden der FDP gewählt.

Der Wermelskirchener studierte Politikwissenschaft, Öffentliches Recht und Philosophie in Bonn und schloss sein Studium 2006 mit einem Magister Artium ab.

Von 1997 bis 2004 war Lindner Inhaber einer Werbeagentur sowie Mitgründer eines Internet-Unternehmens.

Christian Lindner gehört der FDP seit 1995 an. Von 2000 bis 2009 war er Abgeordneter des nordrhein-westfälischen Landtags, seit 2005 als stellvertretender Fraktionsvorsitzender. Von 2004 bis April 2010 war Lindner zugleich Generalsekretär des FDP-Landesverbandes Nordrhein-Westfalen.

2009 wechselte Lindner in den Deutschen Bundestag und wurde zum Generalsekretär der FDP berufen. Dieses Amt gab er im Dezember 2011 zurück. Sein Bundestagsmandat gab er im Zuge der NRW-Landtagswahl im Juli 2012 auf.

## Publikationen (Auswahl)

- ▶ „Für einen anderen Staat.“ DIE ZEIT, 25. Februar 2010
- ▶ „Eine republikanische Offensive“ FAZ, 18. Oktober 2010
- ▶ „Wozu Liberalismus?“ FAZ, 9. Mai 2011
- ▶ „Was bleibt von den Freiburger Thesen?“ Tagesspiegel, 29. Oktober 2011
- ▶ „Ein neues Denken“ Handelsblatt, 4. April 2012
- ▶ „Ordnung für den Datenmarkt – eine erste Agenda“ FAZ, 4. August 2013
- ▶ „Freiheit geht vor Freihandel“ FAZ, 13. September 2013
- ▶ mit Hans-Dietrich Genscher: Brückenschläge. Zwei Generationen, eine Leidenschaft. Hoffmann und Campe, Hamburg 2013.







# Für ein Europa der Freiheit und der Bürger!



## Grundlagen und Perspektiven liberaler Europapolitik

Für ein Europa der Vielfalt: Integration als offener Prozess

Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten zulassen

Europäische Handlungsfähigkeit gewährleisten

Subsidiarität durchsetzen, schleichende Zentralisierung verhindern

Institutionelle Kompetenzen klar zuordnen, Demokratie stärken

Finanzierung gerecht und zukunftsorientiert gestalten

Die Eurokrise nachhaltig mit marktwirtschaftlichen Mitteln bewältigen

### Auf den Bürger kommt es an!

Libérale politische Bildung steht allen Bürgerinnen und Bürgern offen. Unsere acht Regionalbüros bilden mit den Akademien ein bundesweites, flächendeckendes Bildungsnetzwerk. Die europäischen Informations- und Bildungsveranstaltungen finden Sie daher auch in Ihrer Nähe.

### Veranstaltungstermine

Die jeweils aktuellen Veranstaltungen in Ihrem Bundesland oder als Online-Seminar oder als mehrtägiges Angebot in der Theodor-Heuss-Akademie finden Sie immer aktuell im Internet:

[www.freiheit.org](http://www.freiheit.org)



